

# Herzlich Willkommen zum Themenforum

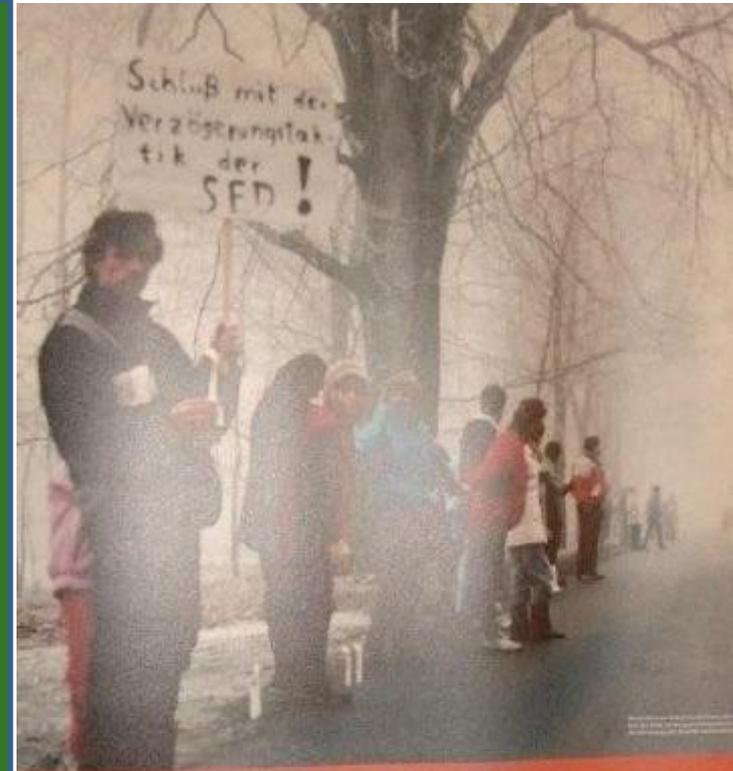
## „Gesundheit & Umwelt in Birkenwerder 1989/90“

**Grußwort: Dr. Volker Gruner**

**Einführung: Bernt Roder**

**Gesprächsrunde mit  
Dr. Ekkehart Weber und  
Dr. Hans-Joachim Lorentz  
Moderator: Thomas Steins**

**Filmvorführung  
„Umwelt Birkenwerder“,  
Prisma, DFF 14.3.1990**



**Als das Blatt sich  
wendete. Der  
gesellschaftliche  
Aufbruch in  
Birkenwerder  
1989/90**

# **Dr. Ekkehart Weber**

**Zeitzeuge, bis 1990 Chefarzt in Bezirksklinik für Orthopädie, 1990 in Vertrauens-Abstimmung zum kommissarischen Ärztlichen Direktor gewählt**

**Geschichte von der Tuberkulose-Heilstätte zur Asklepios Klinik**

**Gesundheitssystem und Mangelwirtschaft in der DDR**

**Ereignisse in der Wendezeit**

**Umweltkandal und Umweltsünden der Klinik**

**„Herr Professor,  
wir sehen keinen  
Grund, in diesem Jahr  
den 40. Jahrestag  
der Republik  
zu feiern...“**





Birkenwerder Sanatorium.

6067



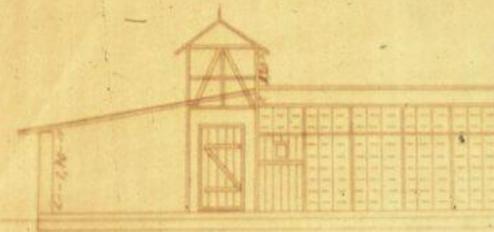
# Bauzeichnung

Der Bau eines Hühner- und Schweinestalles auf dem unter  
und XIII Blatt 399 des Grundbuchs von Birkenwerder bezeichneten  
Stellungsgesellschaft, Feudalgesellschaft, und Sanatorium Stad  
kenwerder bei Berlin gehörigen Grundstück. (Schweinestall,  
massiv, Hühnerstall. Holzbau, Bedachung: feuerwichte Dachpappe,

Für Zeichnung.

A. Kilmann

Für Ausführung.



18.10.1949:  
Landesheilstätte  
für Knochen- und  
Gelenktuberkulos  
e



**1952: Orthopädische Heilstätte Birkenwerder**

**1954: Orthopädische Klinik Birkenwerder mit  
angeschlossener Oberschule**

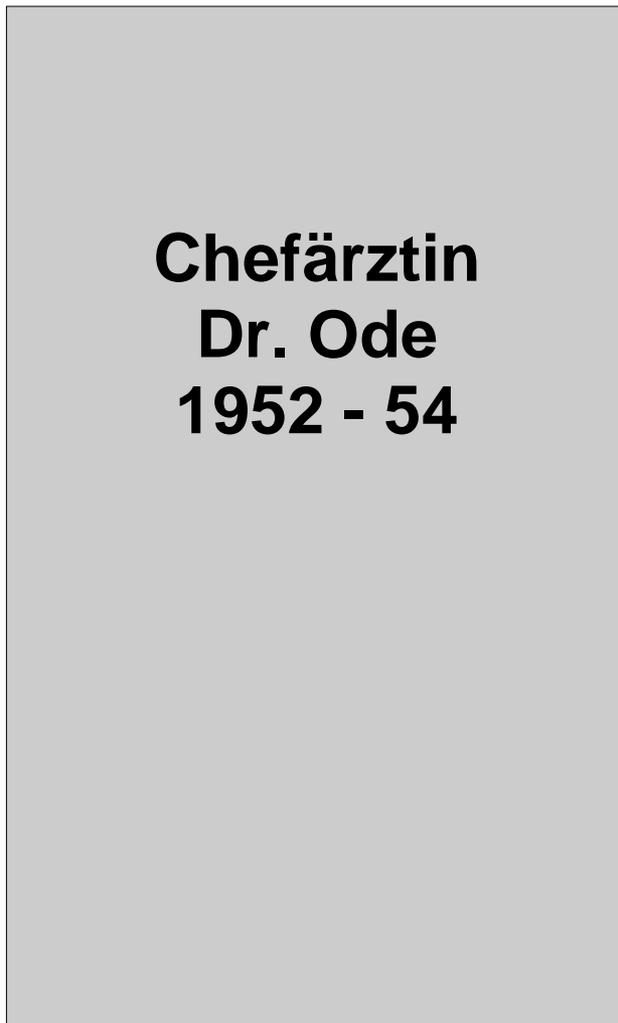
**1977: Bezirksklinik für Orthopädie Birkenwerder**

**1990: Orthopädische Klinik Birkenwerder**

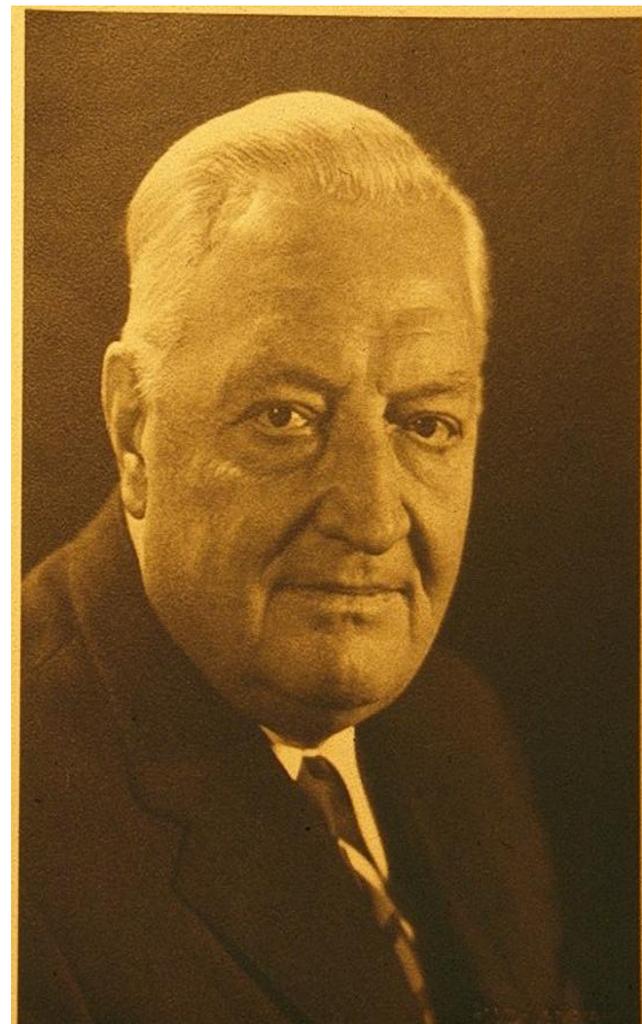
**1992: Asklepios Klinik Birkenwerder**



**Chefärztin  
Dr. Schiele-Faber  
1949 - 51**



**Chefärztin  
Dr. Ode  
1952 - 54**



**Chefarzt  
Dr. Krelle  
1954 - 73**



# **Mangelwirtschaft in der DDR**

**Therapie: Nicht kapitulieren!**

**sondern**

**- improvisieren**

**und**

**- organisieren**



FRIEDLICHE ARBEIT ZUM NUTZEN FÜR DIE GESELLSCHAFT UND FÜR DEN UNTERKUNFTEN - DAS HAT SICH BEWÄHRT.

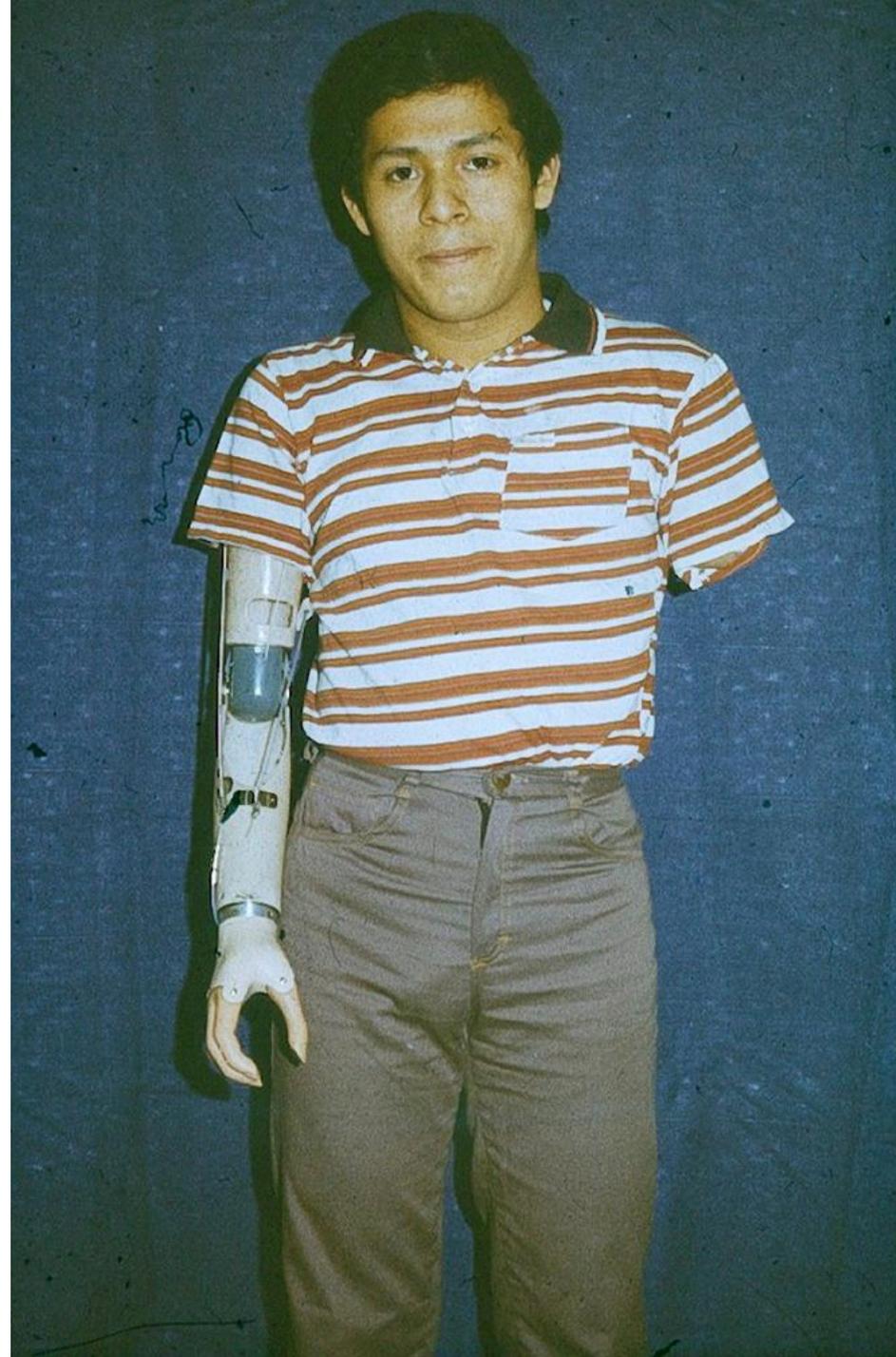
# „Solidaritätspatienten“

aus

- Palästina

- Angola

- Nicaragua





der Sonderabteilung, Herr Thiemann, sowie der  
ärztliche Direktor, Doz. Dr. sc. med. Meinecke.



**1977:**  
**Bezirksklinik für Orthopädie**  
**Birkenwerder**

25 JAHRE DDR



25 JAHRE ORTHOPÄDISCHE KLINIK



**Unterricht in der Klinik**



**1980: Neubau Körperbehindertenschule**





**1990: Orthopädische Klinik Birkenwerder**



**seit 1992: Asklepios Klinik Birkenwerder**



# Regine-Hildebrandt-Schule

Integrativ-kooperative Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe  
Hubertusstraße 30 • 16547 Birkenwerder



**Regine Hildebrandt mit  
Geschäftsführer Dr.Dr.  
Siebert und ärztl. Direktor  
Dr. Gruner.**





**Der Klinikneubau  
seit 1998:  
Diabetesabteilung  
in Birkenwerder**





1912  
Einweihung  
des  
Rathhauses

Birkenwerder



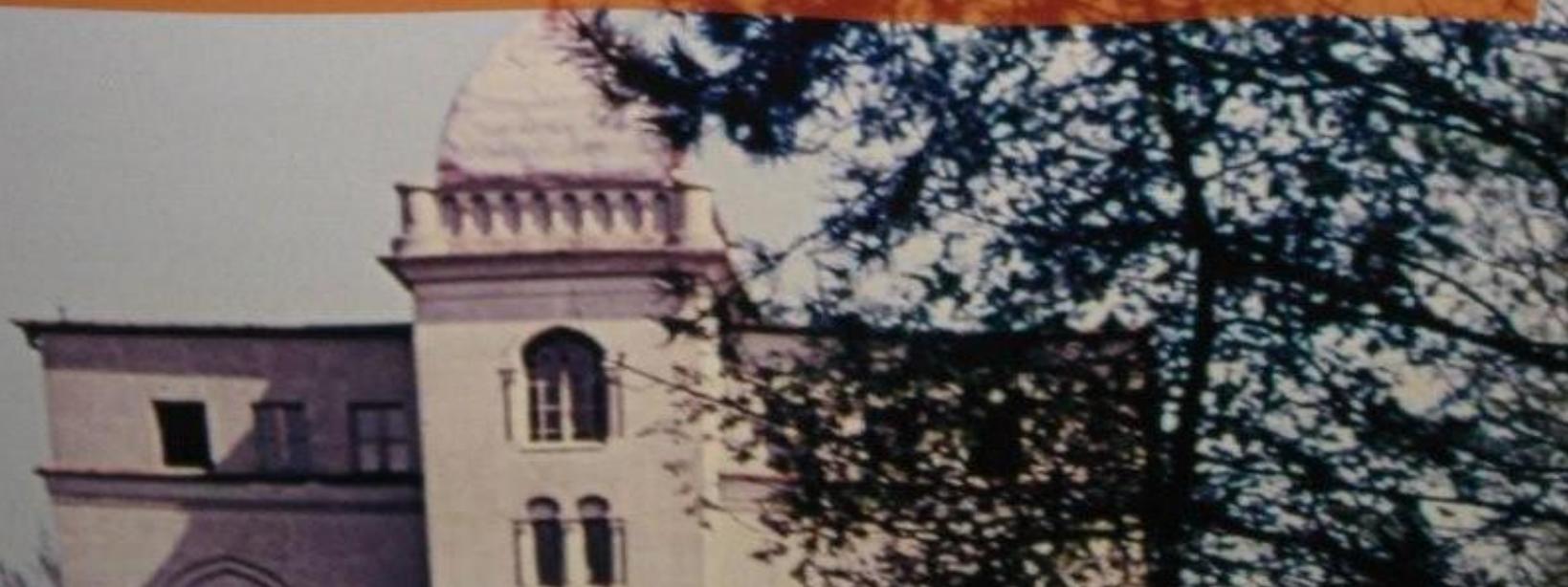


*Christian Morgenstern, Selbstaufnahme, Birkenwerder 1906*

**Enthusiasmus ist das schönste Wort der Welt.  
(Chr. Morgenstern)**

*„Im Alltag fehlte es an Medikamenten, Instrumenten, z.B. Einwegspritzen, und an Implantaten, z.B. Hüft- und Knieendoprothesen. Es fehlte oftmals an Schwesternpersonal, so dass auch einzelne Stationen aus Personalmangel geschlossen werden mussten.“*

(Dr. Ekkehart Weber, seit 1974 Mitarbeiter der Orthopädischen Klinik in Birkenwerder)



„Herr Professor,  
wir sehen keinen  
Grund, in diesem Jahr  
den 40. Jahrestag  
der Republik  
zu feiern...“

Politischer Aufbruch in der Bezirksklinik  
für Orthopädie Birkenwerder



#### Erstpatient

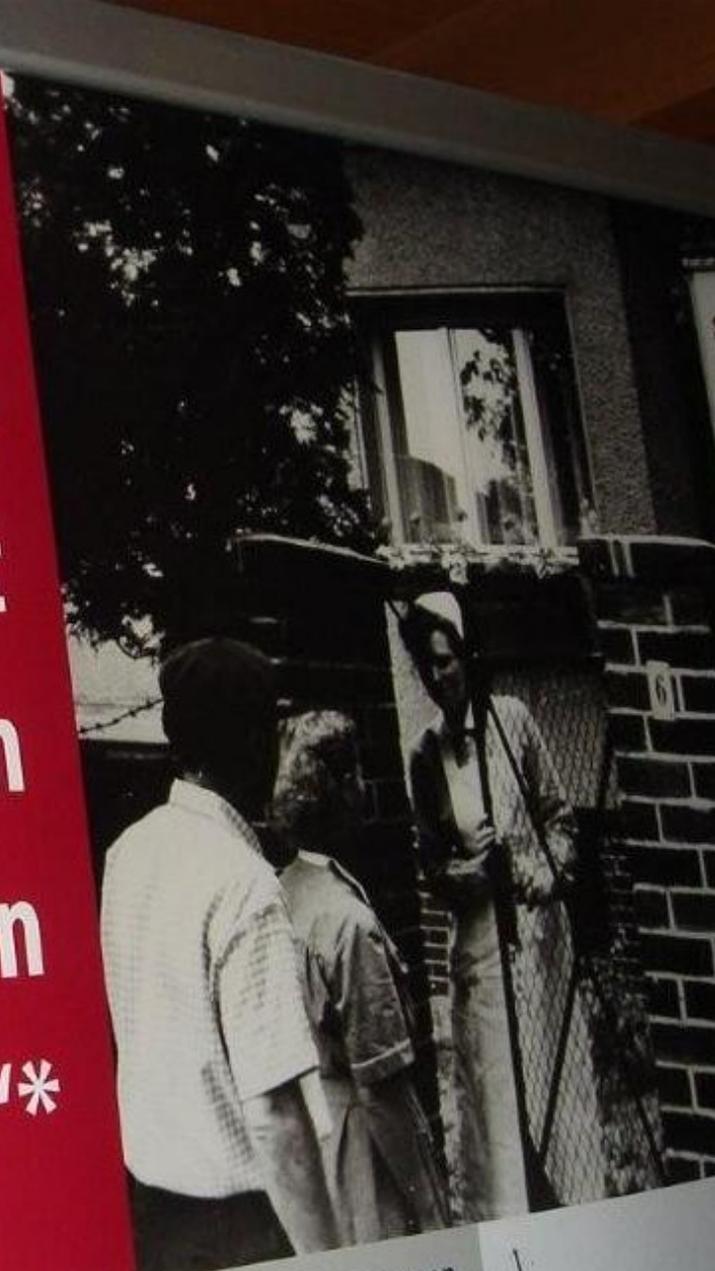
„Herr Professor, wir sehen keinen Grund, in diesem Jahr den 40. Jahrestag der Republik zu feiern. Es gibt keinen Grund in diesem Lande, deshalb können wir erst am 1. September feiern...“

Die Patienten sind dankbar für die Arbeit

#### Schüler und Patient

Schüler der Apparatkonstruktionskategorie  
und Professor der Orthopädischen Klinik, vor 1  
Jahr in der Klinik für Kinder- und Jugendorthopädie

**„Entweder sind  
wir Ärzte und  
dürfen jetzt nicht  
mehr schweigen  
oder wir machen  
uns mitschuldig.“\***



\* Gabriele Brunnemann,  
2009

## **Dr. Hans-Joachim Lorentz**

**Zeitzeuge, seit 1974 Allgemeinmediziner und Bereichsarzt in Birkenwerder und zusätzlich Betriebsarzt u.a. für das Möbelwerk. Hat 1986 (vergeblich) und 1988 (erfolgreich) um Entlassung als Oberarzt gebeten. Mitinitiator des Offenen Briefs.**

## **Struktur/Herausforderungen Ambulante Versorgung in DDR**

## **Offener Brief zum Gesundheitswesen in der Region vom 26.10.1989**

## **Vom angestellten Poliklinikerarzt zum niedergelassenen Hausarzt**

**„Entweder sind wir Ärzte und dürfen jetzt nicht mehr schweigen oder wir machen uns mitschuldig.“\***

O f f e n e r B r i e f

=====

An den

Minister für Gesundheitswesen der DDR  
Herrn OMR Prof. Dr. sc. med. Thielmann

Rathausstr.03  
Berlin  
1020

Sehr geehrter Herr Minister!

Im Bemühen, uns am derzeitigen gesellschaftlichen Dialog zu beteiligen, wenden wir uns als eine Gruppe von Ärztinnen und Ärzten aus dem Kreis Oranienburg an Sie.

Wir stellen fest, daß unsere historische Chance, eine echte Alternative zum kapitalistischen System in Form des Sozialismus zu schaffen, bisher vertan wurde.

Die politisch Verantwortlichen in unserem Land haben übersehen, daß eine Veränderung der Produktionsverhältnisse nicht zwangsläufig den Menschen selbst verändert.

Bisher haben viele Funktionäre und Leiter jedes Aufzeigen von Konflikten und Mißständen mit paranoischer Angst umgeben und versucht zu verhindern.

Der uneingeschränkte Machtanspruch nur einer Partei hat dazu geführt, daß kritische Bürger in die innere und die äußere Emigration getrieben wurden. Dadurch ist es zu einem nicht wieder gutzumachenden Verlust an intellektuellem Potential in allen Bereichen gekommen.

Die gegenwärtige Situation kann aus unserer Sicht nur bewältigt werden, wenn wir auf eine kritische Analyse dieser Vergangenheit nicht verzichten.

Wir sind als behandelnde Ärzte tief betroffen über Gewaltanwendung durch Demonstranten und Sicherheitskräfte im Zusammenhang mit den Demonstrationen zum 7. Oktober 1989. Deshalb fordern wir rückhaltlose öffentliche Aufklärung aller Vorgänge und die entsprechenden Konsequenzen.

Wir halten eine unkontrollierte Machtausübung in Verbindung mit einer Fülle von Privilegien für sehr gefährlich. Sie kann immer wieder zu einer Reproduktion früherer Zustände führen. Deshalb begrüßen wir das Bemühen vieler Bürger, sich in alternativen Gruppen und Parteien zu organisieren, um an der Gestaltung unserer Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Diese Gruppen müssen

offiziell zugelassen werden und es muß ihnen das Recht eingeräumt werden mit eigenen Kandidaten und eigenem Programm an zukünftigen Wahlen teilzunehmen. Mit diesen Forderungen befinden wir uns in Übereinstimmung mit der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948.

Wende in der Gesellschaftspolitik muß auch heißen - Wende in der Gesundheitspolitik . Es ist für uns besorgniserregend, daß die Lebenserwartung eines Bürgers des sozialistischen deutschen Staates unter der des kapitalistischen deutschen Staates liegt.

Auch die mit viel propagandistischem Aufwand durchgeführte Nationale Gesundheitskonferenz vom September 1989 hat gravierende Probleme ungenügend angesprochen. Fragwürdige Erfolgsbilanzen und Appelle an gesunde Lebensweise führen nicht zu einer umfassenden Verbesserung der medizinischen Betreuung.

Duckmäuserische zum Teil fachlich inkompetente Leitungskader auf allen Ebenen, verfälschtes Berichtswesen, fragwürdiges Planungswesen, sachunkundige Einmischung von Partei- und Staatsorganen, Verwässerung des Leistungsprinzips, sind nur einige Faktoren, die einer kontinuierlichen Entwicklung des Gesundheitswesens geschadet haben.

Aus unserer Sicht ergeben sich folgende Schwerpunkte:

1. Beseitigung des auch in der DDR bestehenden Pflegenotstandes durch:

- \* verstärkte Werbung für medizinische Berufe an den Schulen
- \* Erhöhung der Ausbildungsplanstellen für mittlere medizinische Berufe an den Krankenhäusern
- \* Einführung eines zivilen Wehrrersatzdienstes für Wehrdienstverweigerer, Einsatz dieser Zivildienstleistenden in Krankenhäusern, Pflegeheimen und in der Hauskrankenpflege,
- \* Einsatz von Angehörigen der NVA auch in Krankenhäusern, z.B. im Rahmen der dreijährigen Ausbildung zu Sanitätsunteroffizieren,
- \* Finanzielle Anreize für häusliche Pflege an alten und kranken Bürgern,  
Die z.Zt. gezahlten Pflegegelder sind völlig unzureichend. In diesem Zusammenhang sollte auch über eine bezahlte Freistellung zur Pflege nachgedacht werden.

2. Maßnahmen zur Verbesserung der ärztlichen Betreuung in den Territorien durch:

- \* Überprüfung der Effektivität des Einsatzes von medizinischen Hochschulkadern,

- \* Beseitigung des Ungleichgewichtes der ärztlichen Arbeitsplätze und der technischen Ausstattung an Hochschulkliniken und zentralgeleiteten Einrichtungen gegenüber den Versorgungskrankenhäusern,
- \* Reduzierung der ärztlichen Arbeitsplätze im Leistungssport zugunsten der Grundbetreuung,
- \* Entlastung ärztlicher Leiter von Verwaltungsaufgaben,
- \* Begrenzung des Grundwehrdienstes für Medizinstudenten auf 18 Monate oder weniger (Beispiel: Informatikstudium),

3. Verbesserung der ökonomischen Arbeitsweise des Gesundheitswesens durch:

- \* Entbürokratisierung von Planung, Bestellung und Lieferung medizinischer Geräte, Inventar, Medikamenten und Verbrauchsmaterial,
- \* Offenlegung und gerechte Verteilung des Devisenhaushaltes im Gesundheitswesen,
- \* wirtschaftliche Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Gesundheitseinrichtungen,

4. Verbesserung der aktiven Mitgestaltung und Kontrolle der Entscheidungsprozesse im Gesundheitswesen durch Gründung einer unabhängigen Interessenvertretung der Ärzteschaft, da die bisherigen Leitungs- und Gewerkschaftsstrukturen versagt haben.

Wir sehen unsere Vorschläge als einen konstruktiven Beitrag zur Gestaltung eines humanen, demokratischen Sozialismus in unserem Land.

Wir hoffen, daß Sie unsere Ausführungen und Vorschläge mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen und erwarten von Ihnen eine konstruktive Reaktion.

Mit kollegialer Hochachtung

Ärztinnen und Ärzte des Kreises  
Dranienburg  
(siehe Anlage)

*30.10.89. 84 Unterschriften*

Dranienburg, den 26.10.1989

1 Anlage: Unterschriften

Verteiler: Volkskammer der DDR, Ministerium für Nationale  
Verteidigung, ADN



**Praxis Dr. Richter,  
i.V. Schwester Brigitte:**

„Wir hatten gestern in der Sprechstunde wieder einmal 112 Kinder. Es fehlt seit Jahren die Tür zum 2. Infektionszimmer. Außerdem wurde im Arztzimmer der Bodenbelag eingespart. Die Kinder stehen beim Untersuchen auf abgetretenem Holzfußboden (Dielen) ... es ist kalt und unhygienisch. Außerdem ist es unzumutbar, daß für den Ablauf einer solchen Sprechstunde seit 1975 nur eine Schwester ... zur Verfügung steht....“

Brief von Frau Dr. Richter an die Leitung  
des Krankenhauses Hohen Neuendorf  
vom 27. November 1987

„ Die können  
alle abhauen,  
auf die können wir  
verzichten ...“

## Fluchten und Ausreisegesuche

Im Sommer 1989 kehrten immer mehr Menschen der DDR den Rücken und beschlossen, aus dem Land zu fliehen. Am Rande eines „Paneuropäischen Weges“ in der westungarischen Stadt Sopron gelang am 19. August mehr als 100 DDR-Bürgern die Flucht nach Österreich. Nach diesem ersten Riss im Eisernen Vorhang folgten weitere Fluchtversuche an der inneren Westgrenze am 2. September 1989.



### Titelzitat:

Gudrun Lehmann, damals Lehrerin an der Körperbehindertenschule Birkenwerder, erinnert sich noch gut an eine Aussprache zu den über Ungarn geflüchteten DDR-Bürgern auf der ersten Lehrerberatung nach den Sommerferien 1989: „... da sagten einige Genossinnen und Genossen – und das hat mich damals sehr erschreckt – ‚die können alle abhauen, auf die können wir verzichten‘. Dann meldeten sich aber auch andere zu Wort und entgegneten: ‚Leute, wie könnt ihr so reden, das sind unsere Kinder, die da gehen!‘“

### Praxis Dr. Richter, i.V. Schwester Brigitte:

„Wir hatten gestern in der Sommerferien  
einmal 112 Kinder. Es lehrte sich  
2. Infektionszonen. Außerdem  
der Bodenbelag eingeparkt. Die  
beim Untersuchen auf abgestoßen  
(Dienen)... es ist kalt und unhygienisch  
ist es unzumutbar, daß für den  
Sprechstunde seit 1993 nur ein  
Verfügung steht...“  
Brief von Frau Dr. Richter an die  
des Krankenhauses Hohenhausen  
vom 27. November 1987

ESU  
10/11/87

### MfS 3:

„... Ganz abgesehen von der Wahrscheinlichkeit, daß er gegenüber Patienten seinen Ausreiseantrag begründet (...) und somit zum Meinungsmultiplikator werden kann, zwingt der Rat des Kreises durch seine Entscheidung Genossen und parteilose Kommunisten, ihre gesundheitliche Betreuung einem Gegner unserer gesellschaftlichen Ordnung anvertrauen zu müssen.

Das ist politisch nicht in Ordnung!

Aus dem Bericht des IM „Karstedt“ und  
ehemaligen Patienten vom 28. August 1985

Quelle: Kopie BstU MfS A OPK-Akte 1174/88, Bl. 77

## Arztstempel:

Mit dem Entzug des Passierscheines als Folge der beantragten Ausreise konnte Helmut Richter nicht mehr im Grenzgebiet Glienicke und Hohen Neuendorf praktizieren und verlor einen Großteil seiner Patienten.

**Dr. med. Helmut Richter**  
Facharzt für Allgemeinmedizin  
1406 Hohen Neuendorf  
Rosa-Luxemburg-Str. 2  
Telefon Birkenwerder 35 19

**Dr. med. A. Richter**  
Fachärztin für Pädiatrie  
Bereichsärztin Birkenwerder  
Tel. Birkenwerder 25 00

...genommenen worden seien...  
e Ausschüsse der Nationalen Front  
...des Bezirkes an solchen Manipula-  
...tionen nicht beteiligt waren, laste ich

...mich entschlossen, den Vorsitz im Be-  
zirksausschuß Potsdam der Nationalen  
Front zur Verfügung zu stellen.



### **Erklärung:**

Am 9. November 1989, dem Tag der Maueröffnung  
gesteht der Verantwortliche für die Durchführung  
der Kommunalwahlen im Regierungsbezirk Potsdam  
„offenbare Manipulationen“ ein.  
Quelle: Märkische Volksstimme vom 9. November 1989

### **Maueröffnung:**

Öffnung der Mauer in Hohen Neuendorf  
(B-96 – Höhe heutiger Shell-Tankstelle)  
am 17. Februar 1990  
Foto: Ralf Skiba | [www.wir-waren-so-frei.de](http://www.wir-waren-so-frei.de)

### **Karneval:**

Grenzöffnung mit Volksfestcharakter  
unter Beteiligung von Mitgliedern eines  
Karnevalvereins am 17. Februar 1990  
Foto: Burkhard Fromm

# Filmvorführung

**„Umwelt Birkenwerder“,  
Prisma, DFF 14.3.1990**



Elke Staamann und Ute Lüty  
über die Abwasserverklappung  
im Wald hinter der Klinik:

**„Es hat  
zum Himmel  
gestunken.“**



Auch im beschaulichen Birkenwerder mit seinem Naturschutzgebiet Briesetal vor den Toren der DDR-Hauptstadt zeigten sich die Auswirkungen eines umweltschädigenden Wirtschaftens und insbesondere einer ungelösten Abwasserentsorgung. Die im Ort ansässigen Betriebe und Einrichtungen, darunter das Möbel- und Sägewerk, das Fertighausmontagewerk, die Bezirksklinik für Orthopädie und das Internat der Körperbehindertenschule trugen maßgeblich zur Belastung der Böden und der Luft bei. Aber auch im Bereich der privaten Haushalte gehörten wilde Müllkippen, das Abbrennen von Laub in den Straßenrinnen oder das Ablassen von Waschlauge auf den Grundstücken in den 1980er Jahren zum Ortsbild.

Nach der Kommunalwahl vom Mai 1990 beschloss die neugegründete Gemeindevertretung von Birkenwerder die Schaffung eines Referats für Umwelt und Naturschutz und bildete auf politischer Ebene einen Umweltausschuss. Einige der im Ausschuss als Abgeordnete oder als berufene Bürger Engagierten waren bereits zuvor in der DDR im Interesse des Umweltschutzes aktiv. Sowohl über die große Bedeutung des Briesetals für den Ort als auch über die Notwendigkeit der dringenden Unterschutzstellung bestand schnell Einigkeit. Noch ehe das Land Brandenburg 1997 einen entsprechenden gesetzlichen Rahmen schuf, beschloss Birkenwerder auf der Grundlage der Bundesgesetzgebung 1995 einen Grünordnungsplan. Dieser regelt bis heute die Belange des Naturschutzes des „Ortsinneren Briesetals“ und bildet die Grundlage für alle Bauleitplanungen.



**Wir freuen uns auf Ihre Fragen.**

**Bitte tragen Sie sich auch in das  
Gästebuch der Ausstellung ein!**

**Herzlichen Dank!**

**[www.birkenwerder1989.de](http://www.birkenwerder1989.de)**